

Zusammenfassung AG I

Integration Ja – Wo können Flüchtlinge wohnen?

Flüchtlinge können nicht ausschließlich in Bestandsgebäuden untergebracht werden, da gerade im ländlichen Raum die Bereitschaft der Eigentümer, ihre leerstehenden Häuser oder Wohnungen zu vermieten, häufig nicht vorhanden ist. Deshalb müssen neue Gebäude gebaut werden. Der Grundriss dieser Häuser sollte möglichst flexibel entwickelt werden, dass langfristig auch eine andere Nutzung, z.B. als Sozialwohnungen möglich ist. Nach Aussage des Experten Matthias Günther vom Pestel Institut für Systemforschung ist davon auszugehen, dass in Zukunft der Anteil der Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, zunimmt. Temporäre Wohnlösungen lehnte die Arbeitsgruppe ab, da sie zu teuer sind.

Da bezahlbarer Wohnraum in den Ballungsräumen schon jetzt Mangelware ist, wäre es sinnvoll, eine Residenzpflicht für Flüchtlinge einzuführen. Dann müssten auch im ländlichen Raum Mietwohnungen gebaut werden und zwar dort, wo die Basisinfrastruktur gesichert oder Mobilität bezahlbar ist. Allerdings wird eine Konzentration in einzelnen Quartieren als problematisch angesehen.

Als grundsätzliches Problem hat sich in der Diskussion herausgestellt, dass zu wenig kommunale Flächen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen und deshalb der Fokus sowohl auf die innerörtliche Nachverdichtung gelegt werden muss, als auch auf die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich. Hierzu müsste das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans bzw. der Aufstellung von Bebauungsplänen vereinfacht werden. Wenn Flächen vorhanden sind, wurde vorgeschlagen, diese unter Marktwert oder in Erbpacht Investoren zur Verfügung zu stellen.

Egal wer baut, ob Kommunen, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften oder private Investoren, es muss in jedem Fall wirtschaftlich sein. Um eine gewisse Rendite erzielen zu können, sollte in den ersten zehn Jahren der Nutzung eine Garantiemiete gesichert und auch eine spätere Nachnutzung gewährleistet sein. Zusätzliche Erleichterungen für die Investoren könnten eine höhere staatliche Wohnungsbauförderung und günstigere Abschreibungsregelungen darstellen.

Derzeit ist ungewiss, wie viele Zuwanderer dauerhaft nach Deutschland kommen. Deshalb ist unklar, wie viele Menschen künftig Wohnungen brauchen. Dies hängt von Entscheidungen der Politik ab.